

INTERVIEW

+ Schwelm: „Hundesteuer soll 150 Euro pro Jahr betragen“

25.03.2024, 16:17 Uhr • Lesezeit: 8 Minuten

Von Alisa Schumann



„Wir waren frustriert, ja, das muss ich sagen. Wir haben lange mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs gewartet“, erklärt Marion Mollenkott, Kämmerin der Stadt Schwelm, die lange auf Entlastungen für die Kommunen gehofft hatte. Auf dem Bild ist sie mit Bürgermeister Stephan Langhard zu sehen.

© WP | Alisa Schumann

Schwelm. Schwelms Kämmerin Marion Mollenkott erklärt im Interview, was aufgrund der Haushaltslage der Stadt auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen kann.

Diesen Artikel vorlesen lassen:

00:00 / 08:40 1X [BotTalk](#)

Die finanzielle Lage der Stadt Schwelm ist denkbar schwierig und in den kommenden Wochen stehen der Schwelmer Lokalpolitik einige Diskussionen bevor. Am Donnerstag stellte Kämmerin Marion Mollenkott

den Doppel-Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2024 und 2025 und das Haushaltssicherungskonzept dem Stadtrat vor. Im Interview nimmt die 60-jährige Schwelmerin Stellung zum Entwurf.

+++ Nichts mehr verpassen: [Bestellen Sie hier unseren Newsletter aus Ennepetal, Gevelsberg und Schwelm](#) +++

Was sind zunächst die wichtigsten Kennzahlen der Einbringung des Haushaltsplans?

Wir stehen mit knapp 13 Millionen Euro aktuell in 2024 im Minus. Der Grund: Im Vorjahr haben wir rund 15 Millionen an Bilanzierungshilfen eingerechnet, die wir nun nicht mehr bilden dürfen. Wir sind damit aber schon etwas besser als in den Vorjahren. Unsere Schlüsselzuweisungen haben sich um rund 3 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Effekte, die wir vorher schon hatten, wie Tarifsteigerungen oder allgemeine Preissteigerungen – all diese Schwierigkeiten schleppen wir aber noch weiter mit uns rum. Mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen versuchen wir nun schrittweise, von diesen Fehlbeträgen runter zu kommen.

Was sind die konkreten Gründe für die schwierige Lage?

Das Hauptproblem ist, neben den Kostensteigerungen, dass die Bilanzierungshilfen nicht mehr so angewendet werden dürfen. Die Landesregierung hat gesagt, dass die Kommunen zu einer geordneten Haushaltswirtschaft zurückkommen müssen. In meinen Augen ist das blanker Hohn. Denn es gibt keine geordnete Haushaltswirtschaft, da die ganzen Faktoren wie die Ukraine-Krise und die Preissteigerungen immer noch da sind. Die kann ich nicht wegdiskutieren.



Marion Mollenkott, Kämmerin der Stadt Schwelm, stellte am Donnerstag den Haushaltsentwurf für die Jahre 2024 und 2025 vor.

© Alisa Schumann | Alisa Schumann

Wie frustriert sind Sie darüber?

Bürgermeister Langhard sagte in seiner Rede am Donnerstag, dass wir trotzdem nicht den Kopf in den Sand stecken. Das kann man als Fazit nehmen. Wir waren frustriert, ja, das muss ich sagen. Wir haben lange mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs gewartet. Dann war uns die kommunale Haushaltsverordnung angekündigt worden und es gab Gedankengänge, wie man die Kommunen entlasten könnte. Aber bei den Gedankengängen blieb es.

Warum war es trotzdem richtig, zu warten?

Das war auf jeden Fall richtig, weil wir Teile der neuen NKF-Novellierung (Neues Kommunales Finanzmanagement, Anm. d. Red.) im neuen Haushalt schon angewendet haben, indem wir nicht mehr ein Prozent globalen Minderaufwand berechnen, sondern zwei. (s. Infobox).

Globaler Minderaufwand

Marion Mollenkott erklärt, was der globale Minderaufwand bedeutet: „Die Landesregierung gibt uns die Möglichkeit, zwei Prozent unserer ordentlichen Aufwendungen pauschal zu kürzen. Das sind zum Beispiel Personalaufwendungen, Portokosten, Mieten oder sämtliche Dinge, um eine Verwaltung zu betreiben.

Wir nehmen da aber die Transferaufwendungen raus, also Leistungen im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe oder Leistungen an freie Träger für den Betrieb der Kitas. Auch bei der Kreisumlage, die mehr als 20 Millionen Euro ausmacht, oder der Gewerbesteuerumlage kann ich nichts kürzen. Bei allen anderen Positionen kürzen wir aber pauschal um zwei Prozent und sparen so gut eine Millionen Euro ein.“

Das bedeutet, dass die Verwaltung damit an sich selbst spart?

Ja, das ist so. Es liegt in der Verantwortung der Fachbereiche, diese zwei Prozent aufzufangen und sich zum Beispiel zu überlegen, welche Schulungen für Mitarbeiter unbedingt nötig sind. Man muss aber auch überlegen, wo rein theoretisch Leistungen an den Bürger gekürzt werden können. So weit bin ich im Moment aber nicht. Die Idee, zu sagen, dass die Verwaltung erstmal im Moment an sich selbst kürzt, gefällt mir gut. Wir versuchen, so wenig Leistungseinschränkungen für die Bürger wie möglich zu haben. Ich könnte mit dem Haushaltssicherungskonzept auch sagen, ich schraube die Steuern jetzt hoch und kürze alles. Aber dann ist Schwelm nicht mehr lebenswert. Das kann nicht die Maxime sein.

Es ist aber klar, dass irgendwo gespart werden muss. Nehmen wir die Bauprojekte, die anstehen. Wo muss aus Ihrer Sicht da abgespeckt werden?

Das ist eine schwierige Frage für mich, denn auch ich bin Bürgerin der Stadt Schwelm. Ich glaube, wir sind im Moment schon auf einem guten Weg, dass wir uns jedes Bauprojekt wirklich kritisch anschauen. Schwimmen in Schwelm muss möglich sein, das Schwimmbad muss gebaut werden – zur Not auch erstmal in Modulbauweise. Ob der Neubau für die Engelbertschule sinnvoll ist, das müssen andere beurteilen. Aber ich kann Ihnen sagen, die Feuerwehrgerätehäuser, die müssen laufen.

Also müssen Projekte wegfallen?

Das würde ich nicht so sagen. Ich habe mit unserem Baudezernenten Ralf Schweinsberg zusammengesessen und alle großen Bauprojekte angeschaut und überlegt, wie man die zeitlich gestalten kann, was man schieben kann oder, platt gesagt, wo man etwas länger baut. Da ist eine Liste bei rausgekommen. Aber wir haben nichts rausgeschmissen, das ist mir wichtig zu sagen. Aber es ist ja auch die Frage, was schaffe ich personalmäßig?

Der Stellenplan der Verwaltung steht auch auf dem Prüfstand. Gleichzeitig klagen die Fachbereiche über zu wenig Personal. Wie kann das klappen?

Das kann perspektivisch klappen, indem man sich Aufgaben nochmal anschaut und dann sagt, ob wir die ein oder andere Aufgabe noch wahrnehmen. Aber auch da kann ich noch nichts konkreter sagen. Es ist erst einmal eine Absichtserklärung, dass wir Dinge kritisch hinterfragen. Alle Mitarbeitenden wissen um die schwierige Haushaltslage und unterstützen wirklich nach Kräften.

Inwiefern müssen sich die Bürger auf Einschränkungen einstellen?

Wir planen nicht, Öffnungszeiten zu reduzieren. Wir versuchen, an den freiwilligen Bereich, also zum Beispiel Zuschüsse an Vereine, nicht dran zu gehen. Unser Ziel ist es, eventuelle Einschränkungen für den Bürger so gering wie möglich zu halten. Ich kann da momentan kein Beispiel für eine geringe Einschränkung nennen.

Aber was kann konkret auf die Bürger zukommen?

Was auf die Bürger zukommen kann, ist, dass wir in der zweiten Jahreshälfte mit einer Erhöhung der Hundesteuer planen (für die Haltung eines Hundes wird die Steuer auf 150 Euro pro Jahr angehoben, Anm. d. Red.). Die Vergnügungssteuer für Spielhallen soll auf 25 Prozent der Einspielergebnisse angehoben werden. Dann sollen ab 2025 pauschal die Verwaltungsgebühren um fünf Prozent steigen. Darüber hinaus kann ab 2025 eine Erhöhung der Kita-Gebühren kommen. Wie die konkret ausgestaltet wird, da sind die Kollegen gerade dabei, sich Gedanken zu machen. Wir haben zunächst eine pauschale Erhöhung von fünf Prozent eingeplant.

Erhöhungen der Grundsteuer B (ab 2026 auf 950 Punkte) und der Gewerbesteuer (ab 2031 auf 570 Punkte) sind erst später geplant.

Warum?

Dafür gibt es zwei Argumente. Zum einen die Thematik: Lebenswertes Schwelm. Ich kann nicht überall ohne Ende die Steuern erhöhen. Und zum anderen ist es bei der Grundsteuer B so, dass wir jetzt keinesfalls an den Hebesatz drangehen, weil im kommenden Jahr die Grundsteuerreform kommt. Wir können alle noch nicht überblicken, was die für Auswirkungen hat.

Inwiefern spielt hier die Kommunalwahl in 2025 eine Rolle?

Die Kommunalwahl spielt da nicht mit rein. Das Hauptaugenmerk bei der Grundsteuer ist, dass wir im Moment noch nicht wissen, wie unsere neuen Messbeträge aussehen werden. Daher setzen wir das Zeichen: Von uns aus erhöhen wir in diesen Jahren nicht.

Was hat die vorläufige Haushaltsführung derzeit für Konsequenzen?

Es ist das ein oder andere zurückgestellt. Man merkt es zum Beispiel am Sommerferienspaß, dass gewisse Dinge noch nicht konkret gebucht werden können, und wir schauen, was wir an Spendengeldern dafür brauchen. Unsere freiwilligen Einrichtungen wie Bücherei und dergleichen betreiben wir ganz normal weiter. Was wir natürlich noch nicht gemacht haben, ist die Auszahlung von Zuschüssen für Kultur- oder Sportvereine. Das sind freiwillige Dinge, die noch hinten anstehen und da müssen wir die Haushaltsgenehmigung abwarten. Die erwarten wir für den Spätsommer. Und wenn wir zum Beispiel den Ausbau weiterer Straßen planen und damit noch nicht angefangen haben, würde das im Moment auch noch hinten an stehen. Ein Beispiel ist die Ernst-Adolf-Straße.

Lesen Sie auch:

[Hundebesitzer aufgepasst: Jäger finden Giftköder im Wald](#)

[Kita früher und heute: „Erste drei Jahre am wichtigsten“](#)

[Mit Video: Spektakulärer Schwertransport rollt durch Schwelm](#)

Anzeige

[ZUR STARTSEITE >](#)

Funke Mediengruppe



Anzeigen



Service



Online Werben



WR

Aktuelle Nachrichten, Sport und Kultur aus Westfalen.

[IMPRESSUM](#) [DATENSCHUTZERKLÄRUNG](#) [DATENSCHUTZCENTER](#) [NUTZUNGSBEDINGUNGEN](#) [ABO](#)
[KÜNDIGEN](#)

Eine Webseite der **FUNKE** Mediengruppe

© 2024 Funke Mediengruppe

>